

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Sierbergasse 2) und auswärts bei allen königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Interessenten nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Jürgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchdr. u. Co.



Danziger Zeitung.

Lotterie.

Bei der am 6. Jan. angefangenen Bziehung der 1. Klasse 129. Kgl. Klässen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 59,571. 1 Gewinn von 3000 Thlr. auf Nr. 49,532. 3 Gewinne zu 1200 Thlr. fielen auf Nr. 32,362, 34,264 und 66,317. 1 Gewinn von 500 Thlr. fiel auf Nr. 87,127 und 2 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 21,795 und 81,926.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 Uhr Vormittags.

Hamburg, 7. Januar. Wie die „Hamb. Ztg.“ mittheilt, wird der hiesige Senat für die Anerkennung des Herzogs Friedrich durch den deutschen Bund stimmen. Die Bürgerschaft nahm fast einstimmig den Antrag an, dem Senate die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, derselbe werde bei der Abstimmung der Bundesversammlung über die schleswig-holsteinische Erbsfolge seine Stimme für das Recht des Herzogs Friedrich abgeben. Die Bundesstruppen werfen gegenüber dem Kronenwerke bei Rendsburg Schanzen auf.

Hamburg, 8. Januar. Die „Hamb. Nachr.“ melden, daß gestern ein dänischer Parlamentaire die Entfernung der schleswig-holsteinischen Fahne, die auf der Schleusenbrücke bei Rendsburg aufgepflanzt ist, verlangte. Die Forderung wurde von dem Commandanten der Bundesstruppen energisch zurückgewiesen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 6. Januar. Man ist hier mit Errichtung einer holsteinischen Telegraphenstation beschäftigt. — Nach einem Berichte der „Hamburger Nachrichten“ aus Copen-hagen hat der älteste Bruder Christian's IX., Herzog Carl von Glücksburg, dem König in aller Form als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein gehuldigt. Dem Herzoge ist das Prädicat „Königliche Hoheit“ verliehen worden.

Hamburg, 6. Januar. Die telegraphische Verbindung mit dem Norden ist wieder hergestellt. Wie die hier eingetroffene „Berlingsche Zeitung“ aus Copen-hagen meldet, sind die vier eingebüßten Reservegimenter aus den Jahren 1853, 54 und 55, sowie die freigelöste Infanterie aus den Jahren 1860 und 1861 auf Mitte Januar einduzen worden. — Nach dem „Fäderlande“ wird Quadae Director der auswärtigen Angelegenheiten.

Warschau, 6. Januar. Eine Regierungsverfügung verbängt Sequester über das bewegliche und unbewegliche Vermögen der an dem Aufstande teilnehmenden Personen. Dem höheren Clerus ist zu der bisherigen Contribution eine neue aufgelegt worden, nämlich den Bischoßen und Bistumsverwesern von 18, den Canonici von 6 Prozent.

Politische Uebersicht.

Die Untersuchungskommission des Hauses der Abgeordneten hat vorgestern ihre Arbeiten wieder aufgenommen, und gestern ebenfalls fortgesetzt. Die Minister des Interieurs und des Handels, so wie das Staatsministerium, waren vor der Weihnachtsvertagung aufgefordert, von ihren Wählerklassen resp. Wahlinschriften amtlich Mittheilung zu machen. Das Staatsministerium hat gar nicht geantwortet; der Handelsminister hat — ohne weitere Motivierung — geschrieben, die gewünschten Mittheilungen würden nicht erfolgen; die Antwort des Ministers des Innern geht dahin, daß er sich weder für verpflichtet erachtet noch veranlaßt finden könne, die gewünschte amtliche Auskunft zu ertheilen. Diese Weigerung sowohl, wie das indirect bekannte Verbot der Kressort-Minister an die Unterbehörden, den Requisitionen der Commission nicht Folge zu leisten, wird von der Commission eingehend in Erwägung genommen werden. Mittlerweile verlautet, daß die Magistrate mehrerer gründer Städte das in Rede stehende Rescript der Minister zurückgewiesen haben. Seitens einzelner Gerichte ist den Requisitionen der Commission bereitwillig Folge geleistet.

Die Budget-Commission hielt gestern Sitzung. Die Bevollmächtigung des Staatschafes will die Regierung nur dem Referenten persönlich und vertraulich gestatten; Beschlüsse nehmen wurden ausgefegt. In Bezug auf die Etatsvorlage für 1863 und den Gesetzentwurf für 1862, welcher bekanntlich nur einfach die Einnahme und Ausgabe nachträglich feststellen soll, hat Abg. v. Forckenbeck referirt; sein Antrag wegen des Etats für 1863 geht auf einfache Verwerfung, falls die Regierung noch überhaupt auf der Berathung bestehen; begründet ist der Antrag damit, daß nach dem Schluß des Jahres ein Etatsgesetz nicht mehr erlassen werden könne. In Betreff der Vorlage für 1862 deutete Referent vorläufig an, dasselbe sei ohne eine Verfassungsänderung überhaupt nicht beratungsfähig; ein Rechnungsgesetz könnte nicht ohne Weiteres ein Anhalt für die Oberrechnungskammer bei ihrer Rechnungsprüfung sein. Der Vertreter des Finanzministeriums hat, nach ausdrücklicher Anfrage bei seinem Chef, die Erklärung abgegeben, die Regierung gebe die Einsichtnahme wegen des Etatsgesetzes für 1863 lediglich dem Ermiessen der Budget-Commission anheim; die Verantwortung für die Berichtigung der Berathung falle der Commission zur Last. Natürlich ist das durch einfache Darlegung des thatsächlichen Verlaufes der parlamentarischen Dinge im vorigen Jahre zurückgewiesen. Nach langerer Discussion hat die Commission fast einstimmig den Antrag angenommen, das Haus möge die Etatsvorlage für 1863 einfach ablehnen; der Beschluß würde ganz einstimmig geschehen sein, wenn nicht eine kleine Minorität statt der ein-

sachen Ablehnung die Motivierung durch eine Resolution für besser erachtet hätte. Im Plenum wird die einfache Ablehnung gewiß mit sehr bedeutender Majorität beschlossen werden. — Wegen der Vorlage für 1862 hat die Commission noch keinen Beschluß gefaßt; dieselbe stand gestern noch nicht auf der Tagesordnung. Die betreffende Neuherfung des Referenten v. Forckenbeck war nur eine vorläufige Ankündigung. Die Nichtannahme dieses Gesetzentwurfs ist unzweifelhaft.

Der Bericht der Budget-Commission über den Militäretat nebst der specificirten Berechnung über die ausgeschiedenen Reorganisationskosten (Ref. Baron Baersch) liegt gedruckt vor. Es ist eine eigene Lecture. Nichts vergegenwärtigt klarer die Danaiden-Arbeit, an der sich das Haus der Abgeordneten nun schon ins dritte Jahr abmüht. Wiederum sind die Vorgänge aus der Zeit des sogenannten Provisoriums recapitulirt, wiederum ist auf die Beschlüsse des Hauses seit Anfang des Jahres 1862 verwiesen, wiederum der Fortdauernde Mangel einer gesetzlichen Regelung der Reorganisation hervorgehoben, und wiederum endlich ist dem der gesetzlichen Grundlage entbehrenden Etat des Ministeriums ein neuer, nach dem Maße der bestehenden Gesetze normirter Etat genehmigt. Das Verfahren des Referenten und der Budget-Commission im Bezug auf die Normirung der einzelnen Positionen ist, wie erwähnt, genau dasselbe wie in den letzten Jahren; die Reorganisationskosten werden sämtlich gestrichen, und in ähnlicher Weise hat sich die Commission aller prinzipiellen Anträge auch hier eben so enthalten, wie bei den anderen Etats in diesem Jahre. Die Hauptzahlen sind folgende: Der Regierungs-Etat verlangt 39,372,000 Thlr., davon 37,845,000 Thlr. im Ordinarium, 1,526,000 im Extraordinarium. Unter den letzteren sind keine Reorganisationskosten, unter den ersten 5,625,000 Thaler, und diese will die Commission streichen. Gegen den gesamten Militäretat für 1861, welcher nicht ganz 33 Millionen betrug, verlangt die Regierung jetzt mehr 6,403,000 Thlr. Dazu sind noch hinzugzurechnen 3,157,000 Thlr. als nur vorübergehende Ersparnisse für dieses Jahr, und zwar hauptsächlich: durch frühere Entlassung sämtlicher Reserven und spätere Einstellung der Recruten über 1½ Million. Ersparnisse bei der Naturalversorgung in Folge geringerer Ankaufspreise und Verwendung von Reservebeständen zur laufenden Versorgung 800,000 Thlr., durch Beschränkung der Übungen der Trainformation 258,000 Thlr. Unter Berechnung dieser nur vorübergehenden Ersparnisse würden die Gesamtausgaben für die Militärverwaltung einschließlich des Extraordinariums nach dem Regierungs-Etat eigentlich über 42½ Millionen betragen, also über 9½ Millionen mehr als im Jahre 1861 bewilligt sind. Dabei ist endlich noch zu berücksichtigen, daß die Kosten für die bisher noch unterbliebene Errichtung der fünften Escadron bei den 8 Infanterie-Regimentern, so wie die Kosten für die fernere vollständige Reorganisation der Cavallerie in diesen 42½ Millionen noch nicht einbegripen sind. Die finanziellen Segnungen der Neuerungen liegen also auf der Hand; über die volkswirtschaftlichen Vorteile werden die trog der Reorganisation einberufenen Landwehrmänner die beste Auskunft geben können; über die Verstärkung unserer politischen Machtstellung im Folge der Vermehrung unserer Streitkräfte und Landeskosten aber jede Nachricht über die preußische Politik in der schleswig-holsteinischen Sache.

Einzelne feudale Blätter drohen bereits mit Ereignissen, welche „wesentliche Veränderungen der Fundamente der Verfassung“ im Gefolge haben werden, wenn das Abgeordnetenhaus die Anleihe nicht bewilligen sollte. Diese Ereignisse wird das Land wohl ruhig abwarten können.

Die Majorität am Bundesstage ist nach wie vor für die Anerkennung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein und wünscht dem darüber gefaßten Beschuß gemäß Bechlebung der Sache. Indes erheben Preußen und Österreich fortwährend Schwierigkeiten dagegen.

Die „Kreuzztg.“ führt fort auf die Mittelstaaten zu schimpfen. „Kein verständiger Mensch — sagt dieses edle, stets die Machtstellung Preußens im Munde führende Blatt — kann glauben, daß die europäischen Großmächte dem deutschen Bunde gestatten werden, über die Erbsfolge in Schleswig zu disponieren.“

Das englische Cabinet hat den beiden andern nichtdeutschen Großmächten (Niederland und Frankreich) den Entwurf einer identischen, an den Bunde zu richtenden Protestnote gegen das Einrücken von Bundesstruppen in Schleswig im Sinne des hessen-darmstädtischen Antrages vorgelegt. Russland hat sofort zugestimmt; die Antwort Frankreichs wird heute erwartet.

Der „Presse“ wird aus Frankfurt a. M. telegraphiert: „Preußen hat in Wien vorgeschlagen, am Bunde zu beantragen, daß der eventuelle Vollzug der Pfandnahme Schleswigs ausschließlich in die Hände der beiden Großmächte gelegt werde.“

Der „Kürnb. Corr.“ berichtet: „Die zwischen den Mittelstaaten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu Stande gekommene Einigkeit macht sich auch gegenüber der von England eingenommenen Position in entschiedener Weise geltend. Die betreffenden Bündestagsgesandten sind nämlich, wie wir von guter Seite hören, angewiesen worden, den englischen Vorschlag Betreffs einer Konferenz in der bestimmtesten Weise zurückzuweisen, und von mehreren der betreffenden Regierungen wird gleichzeitig accentuirt, daß dabei auch in der Form die Würde des deutschen Bundes gegenüber der Art und Weise des englischen Auftretens zu wahren sei. Von Österreich, und wahrscheinlich auch von Preußen, wird für den englischen Vorschlag agitiert; das Resultat der letzten Abstimmung am Bundesstage über den Antrag, den Herzog Friedrich aufzufordern, sich aus dem Herzogthum Holstein zu entfernen, läßt indessen mit Bestimmtheit erwarten, daß sich

auch in dieser andern Frage die Majorität auf der Seite der nationalen Politik der Mittelstaaten befinden wird.“

Aus Paris hört man immer noch nichts Genaueres über die Haltung Frankreichs in der schleswig-holsteinischen Frage. Man hat dort eine abwartende Stellung — und rüstet.

Die offiziöse „Leipziger Zeitung“ veröffentlicht einen scharfen Artikel über die „groben, absurd“ Aussäße gegen die Mittelstaaten im Neujahrsabschied der Berliner „Kreuzzeitung“. Die Politik der Mittelstaaten vertheidigt die „Leipz. Ztg.“ gegen die preußische. Die Einigkeit der deutschen Großmächte erweise sich als unheilvoll für Deutschland. Neben ihnen aber sei es allerdings möglich, daß die Mittelstaaten eine starke Phalanx zum Schutze der Ehre und Interessen Deutschlands bilden.

Man schreibt der „Köl. Z.“ aus London: Frankreich hat die von England vorgeschlagene Konferenz noch immer nicht angenommen, was hier sehr unangenehm berührt. Wie Lord Cowley aus Paris meldet, ist Drouyn de Lhuys auf dem Sprunge, seine Entlassung einzureichen, ohne angeben zu können, welche Bedeutung diese wichtige Veränderung haben wird. Der englische Gesandte meldet gleichfalls hier, daß die französische Regierung sehr beruhigende Versicherungen im Schoße der Adr.-h. Commission des gesetzgebenden Körpers in Bezug auf Mexico gegeben habe. In Folge des Versprechens der Regierung von Washington, daß sie nicht feindselig gegen das neue Königreich auftreten wollt, hat Erzherzog Maximilian die ihm angebotene Krone angenommen, und Frankreich wird seine Armee, sobald es geht, zurückberufen. Es wird bloß einige der wichtigsten Punkte besetzt halten und nach erfolgter Organisierung der Armee von Mexico auch die letzten Truppen aus Mexico abberufen. Die Organisation der einheimischen Armee soll auf Grundlage der Bildung einer Fremdenlegion von 12,000 Mann vor sich gehen.

Schleswig-Holstein.

— König Christian von Dänemark hat, wie berichtet wird, einen Brief an den Kaiser Napoleon gerichtet, in dem er ihn dringend bittet, einer Soader-Konferenz zur Regelung der dänisch-deutschen Angelegenheit seine Zustimmung geben zu wollen, und hinzufügt, daß man sich in England bereit erklärt habe, statt, wie anfänglich beabsichtigt worden, diese Konferenz nach London zu berufen, sie in Paris zusammenzutreten zu lassen.

— Die „Süddeutsche Zeitung“ heißtt mit: „Die auswärtigen Minister der kleineren sächsischen Höfe haben am Sylvester- oder Neujahrstage mit Herren v. Venst in Dresden eine Konferenz gehabt, um ihren Aufschluß an die bayrisch-württembergisch-sächsische Verbindung für Schleswig-Holstein zu bewerkstelligen.“

— Die Mobilisierung des badischen Armeecorps ist, wie von dort gemeldet wird, bis ins Einzelne so weit vorbereitet, daß in kürzester Frist die Truppen auf den Kriegs-fuß gebracht werden können.

— Das offiziöse Berliner Blatt schreibt: „Die von Wien aus verbreitete Nachricht, daß die Großmächte in Copenha-gen dahn gewirkt hätten, daß die Herzogthümer als selbständige Staaten nur durch Personalunion mit Dänemark vereinbart blieben, hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich. So viel uns bekannt, halten die Großmächte einfach an dem Londoner Protokoll fest, und diese Ansicht wird eben so wohl durch die englische Note vom 28. v. M., als durch die Antwort des Kaisers Napoleons bestätigt.“

Aus dem südöstlichen Schleswig, 5. Jan. (Nat. Z.) Schleswig hat unter dem gegenwärtigen Druck entzündlich zu leiden. Um Ihnen eine Probe der von den dänischen Unterdrückern beliebten Repressionen zu geben, teile ich Ihnen Folgendes mit: Von dem südöstlichen adeligen Güterdistrikt unseres schönen Landes, gegen 4 Quadratmeilen groß und 35 Güter umfassend, sind von den dänischen Militärbehörden 300 zweispännige Wagen und die Lieferung von 3 Millionen Pfund Stroh nach Schleswig verlangt worden. Zum Transport würden ca. 1500 Wagen erforderlich sein, was einem Drittel der Gesamtleistungsfähigkeit der Güterbesitzer und der Hälfte der Bauern gleichkommt. Diese Repression ist ein Steinstück zur holsteinischen Pferdeaushebung. Das Land ist materiell nicht im Stande, diese Opfer zu tragen, dürfte sie auch freiwillig nicht bringen, da die Rücksendung der Wagen nicht garantirt ist, was, ins Deutsche übersetzt, so viel wie Confiscirung der Wagen und Gespanne heißt.

— Eine Correspondenz aus Franken, 3. Jan., widerspricht zwar der Nachricht der „Südd. Ztg.“, daß ein Truppen-corps bei Forchheim demnächst ein Lager beziehen werde, dies hieße bei der jetzigen Jahreszeit Menschen und Pferde mäths tödigen. Dagegen gewinnt ein anderes Gerücht Bestand, nämlich, daß die Regierungen von Bayern, Württemberg und Sachsen sich auf militärische Eventualitäten vorbereitet. Ebenso, wie das letzte Anordnungen trifft, seine Truppen in Holstein sofort verstärken zu können, würde Bayern 20,000 und Württemberg 10,000 Mann Kantonirungen längs der Eisenbahn zwischen Nürnberg und Lichtenfels beziehen lassen, bereit, auf den ersten Befehl auszumarschiren.

— Auch an die Regimentscommandos des badischen Armeecorps ist, der „Freib. Z.“ zufolge, die Weisung ergangen, die Einberufungsbefehle für sämtliche berlaubte Mannschaften auszertigen zu lassen und zur sofortigen Abfendung bereit zu halten.

— Der Herzog von Augustenburg soll erklärt haben, daß er in Holstein bleiben und nur der Gewalt weichen werde.

Coburg, 5. Januar. Nach der „Cob. Z.“ sind bis jetzt für etwa 100,000 Thlr. Schulscheine der schleswig-holsteinischen Anleihe verkauft und 50,000 Thlr. sind als wahrscheinlich untergebracht anzunehmen.

Hannover, 5. Januar. Die für den Sonntag hier anberaumte große Landesversammlung ist fast im ganzen Lande mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Man rüstet

sch allwärts schon zur Herreise. Von mehreren Städten aus werden zu dem Zwecke Extrazüge arraigirt. Man erwartet eine ruhige aber nachdrückliche Neuherierung des Volkswillens für Schleswig-Holstein.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. (M. Pr. Btg.) Das General-Consulat in Kopenhagen, dessen Gehalt seither schon auf dem Aussterbe-Etat stand, wird, wie verlautet, nicht wieder besetzt werden.

Der Kriegsminister und der Minister des Innern veröffentlichten folgenden Erlass vom 31. December 1863, das einstweilige Richterlöschen der den zum einjährigen freiwilligen Militärdienst berechtigten Individuen ertheilten Ausstands-Bewilligungen betreffend:

In Folge der mittels Allerböckter Cabinets-Ordre vom 1. und 15. dieses Monats beschloßenen Mobilisierung der 6. und 13. Divisionen seien wir uns zu der ausdrücklichen Bestimmung veranlaßt, daß für jetzt und bis auf Weiteres die den zum einjährigen freiwilligen Dienst berechtigten jungen Leuten ertheilten Ausstands-Bewilligungen als erschöpft nicht zu erachten sind. Dies schließt jedoch den sofortigen freiwilligen Eintritt in diejenigen Ersatztruppenheile nicht aus, welche so eben formirt werden, Berlin, 31. December 1863. Der Kriegs- und Marineminister. Im Auftrage von Glisczinski. Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg.

Der Redakteur der "Börsischen Zeitung", E. E. Müller, ist vom Stadtgericht wegen des Abdrucks einer Ansprache des Ausschusses des National-Vereins an die Vereins-Mitglieder vom 29. Mai v. J., welche die auswärtige Politik der Regierung besprach, zu 10 Thlr. Geld-, event. 7 Tagen Gefängnisstrafe verurtheilt worden.

Der Rechts-Antwalt und Notar Lefmar zu Star-gard ist, nach einer Mittheilung des Justiz-Ministerial-Blattes, im Wege des Disziplinar-Versfahrens seiner Aemter entsezt.

In Halle hat sich ein Verein gebildet „zur Beschaffung warmer Winterbekleidungsstücke für das nach Schleswig-Holstein bestimmte Bundescontingent.“ Dieser Verein hat sich an den Kriegsminister mit der Anfrage gewandt, ob die Armeeverwaltung auch die Thätigkeit des Vereins als eine zweck- und zeitgemäße betrachte. Von Herrn v. Moon ist darauf ein vom 2. Januar datirtes Antwortschreiben ergangen, das die "R. S. B." veröffentlicht. Wir heben folgende bezeichnende Sätze heraus: „Es ist mir (dem Kriegsminister) nicht zweifelhaft, daß ein ansehnlicher Theil der Armee und Marine einem wahrscheinlich nicht unblutigen, jedenfalls aber durch die Einfüsse der Jahreszeit besonders beschwerlichen Winterfeldzuge in der — wie ich meine — nächsten Zeit entgegen geht.“ Ferner: „Preußen steht — das ist meine Ueberzeugung — an der Schwelle großer Entscheidungen. Es handelt sich im jetzigen Augenblick wohl nicht bloß um einen localen Kampf für einen speciellen Zweck, sondern vielmehr um die ganze politische Zukunft des theueren Vaterlandes. Nichts ist daher dringender, unerlässlicher, als die Zusammenfassung aller seiner nationalen Kräfte für die unverzügliche Erhaltung seiner Ehre, für die möglichste Steigerung seines politischen Gewichts. Nur wenn jeder Einzelne an seinem Theile für die vorschwebenden großen Zielen, so weit es ihm möglich, entschlossen eintritt, sind sie, trotz der feindseligen Uintrübe widerstreitender Parteien, mit Sicherheit zu erreichen. Und mit Gottes Hilfe werden sie erreicht werden.“

Frankfurt a. M., 5. Januar. (Fr. B.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Senat das Gesuch in hiesiger Stadt eine Verloosung des Great Eastern zu gestatten, ablehnend beschieden, und darf daher eine solche Verloosung dahier nicht vorgenommen werden.

Wien. (Schl. Btg.) Die Dinge in Griechenland versickeln sich wieder sehr und einem Telegramm zufolge soll das Ministerium aus Anlaß der Militär-Organisation seine Demission gegeben haben. Aus derselben Quelle erfahren wir, daß die Protectionsmächte einen neuen Vertrag mit Griechenland in Vorschlag zu bringen beabsichtigen. Die neueste Post aus Constantinopel meldet, daß die Pforte eine auslärende Circulardepêche bezüglich der Suezcanal-Angelegenheit erlassen hat. — In Kreisen, welche der englischen Gesellschaft nahe stehen, wird versichert, die Regierung der Vereinigten Staaten habe an die europäischen Mächte das Verlangen gerichtet, die Conföderierten nicht fernier als kriegerische Macht anzuerkennen. — Der Staatsminister v. Schmerling ist heute Abend von Benedig angelommen.

Frankreich.

Paris, 4. Januar. So eben wird der Adress-Entwurf des gesetzgebenden Körpers veröffentlicht. Der Text ist ungemein friedlich ausgefalen; die polnischen Sache hat von den Vertretern des französischen Volkes, die sagen, „sie würden es bedauern, wenn eine Erfaltung in den Beziehungen zu Russland eintreten sollte“, nichts zu erwarten. Inzwischen konstruiert man in Toulon eine Panzersfregatte in Form eines Widderkopfes, die ohne Artillerie allein agiren soll durch den Stoß. Man gab ihr den bezeichnenden Namen: „Le Taureau“ (der Stier). Von solchen Panzerschiffen soll ein ganzes Geschwader erbaut werden, und der Admiral Pennau, der bisher die Leitung über diese Bauten gehabt, soll auch fernerhin mit der Leitung einer solchen Flottille betraut bleiben.

Italien.

— „Wir wissen“, schreibt die Lombardia, „dass seit einigen Tagen außerordentliche Brodvorräthe für das Militär gebacken werden. Zu Piacenza wird die Armierung der Rebäuden completirt, und man sorgt für reichlichen Proviant.“

Ausland und Polen.

Δ* Warschau, 6. Januar. Der gefrige „Dzienn. Pow.“ bringt die Verordnung, wonach das bewegliche und unbewegliche Vermögen einer jeden unter dem Vorwurf der Betheiligung am Aufruhr stehenden Person mit Sequester zu beladen ist, und die Person selbst, so wie deren Familie aus den sequestrierten Gütern zu entfernen sind. Ehe wir uns dessen versehen werden, wird also, wie in Litauen, eine große Masse Güter in den Händen der russischen Regierung sein. So allerdings kann es gelingen, die „Ruhe“ herzustellen. — Für die Entreibung der Steuern im nächsten Jahr hat Berg für Bögernd wiederum große Geldstrafen festgestellt, die mit jedem Monate sich steigern. In mehr als einem Falle wird auch diese Maßregel einer langsamem Confiscation gleich kommen, da unter den jetzigen Verhältnissen es ganz gewiß sehr vielen unmöglich sei wird, das Geld zur Bezahlung der Steuern aufzutreiben. — Auch den höheren Geistlichen, wie Bischöfen, Bisshums-Administratoren u. dgl., ist eine Contribution auf ihre Einkünfte auferlegt worden, welche bis 18 p.C. von den jährlichen Einkünften betragen soll. Als Ursache dieser Contribution wird in der Verordnung angegeben, daß die hohen Geistlichen ihren Einfluß auf die niedere nicht anwenden, um sie zu veranlassen, gegen die Revolution zu arbeiten. — Heute ist russische Weihnachten. Polizisten gehen in den Straßen auf und ab und verbieten das Deffen der Haardungen, indem sie jedem, der auch nur die Fenster-laden öffnet, mit 25 Rubel Strafe drohen. Selbst un-

ter Paslewicz kannte man die Zwangsfeste russischer Feiertage in diesem Grade nicht.

Kalisch, 3. Jan. (Schl. B.) Gestern wurde den Einwohnern unserer Stadt unter Androhung von 10 Rubel Strafe beschlossen, heute Vormittag 9 Uhr auf der Polizei zu erscheinen. Es handelt sich um eine Lokalitätsadresse. Der Andrang war sehr groß, doch kamen mehr Juden und Deutsche, als Polen. Es wurde der Versammlung die Adresse vorgelesen. Die Bezeichnungen geschahen in polnischer, deutscher und hebräischer Sprache, je nach der Nationalität der Subskribenten.

Danzig, den 7. Januar.

* (Provinzialversammlung in Angel-egenheiten Schleswig-Holsteins.) Gestern Nachmittags um 4 Uhr fand im Saale des Schützenhauses eine von über 600 Bewohnern der Provinz besuchte Versammlung statt. Erschienen waren namentlich eine ansehnliche Zahl größerer Grundbesitzer; ferner waren u. a. vertreten die Städte: Neustadt, Tirschan, Marienburg, Neuteich, Elbing, Pr. Stargardt, Graudenz, Thora, Culm, Strasburg, Neidenburg, Königsberg, Tilsit, Dastenburg &c. Herr Dr. Liswin leitete die Versammlung ein mit einem Willkommengruß an die aus der Provinz gekommenen Gäste und hob die Wichtigkeit der Sache, welcher die Versammlung geltet, hervor.

Zu Vorsitzenden wurden durch Acclamation ernannt die Herren Dr. Liswin, Rittergutsbesitzer Steinbart aus Pr. Lanke bei Thorn und Maurermeister Schmidt aus Königsberg.

Herr Commerzienrat H. Behrend (mit lautem Buruf begrüßt) beantragt zunächst die Annahme folgender Resolution:

Die Versammlung erklärt: Die Ehre und das Interesse der deutschen Nation erfordern es, daß die deutschen Regierungen unverzüglich den Herzog Friedrich als Landesherrn in Schleswig-Holstein anerkennen und die Loslösung der Herzogthümer von Dänemark, wenn nicht anders durch Waffen-

gewalt, erwirken.

Wo es gilt, deutsches Recht und deutsche Ehre zu wahren, ist dem preußischen Volk kein Opfer zu groß.

Auch die Bewohner dieser Provinz werden in dem vollen Bewußtsein, wie schwer gerade sie durch Opfer betroffen werden, welche kriegerische Verwicklungen mit Dänemark herbeiführen, dem Vaterlande dieselben freudig darbringen.

Herr Behrend begründete dieselbe wie folgt: Nur mit wenigen Worten will ich es versuchen, den Inhalt dieser Resolution zu motivieren, denn die Sache spricht für sich selbst. Ich bin von jher, seitdem ich die Politik in den Kreis meines Nachdenkens gezogen, der Ansicht gewesen, daß die Ehre und das Interesse der Völker die allein maßgebende Richtschnur für die Leitung ihrer Geschicke darstellen. Nicht Sympathien und Antipathien, jene schwankenden Gefühle, die wie die Neigungen der Menschen überhaupt wechseln und bald diesem, bald jenem Gegenstande sich zuwenden, nicht Legitimität, nicht Nationalität darf der Politiker als Beweggrund seiner Handlungen gelten lassen; was die Ehre, was das Interesse gebietet, dem hat er zu folgen. So auch in dieser brennenden Frage der Gegenwart. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind deutsch; seit Jahrhunderten haben sie fest und treu zu Deutschland gehalten, seit Jahrzehnten haben sie mit zäher Ausdauer, vor 15 Jahren mit den Waffen in der Hand gegen die Bedrückungen einer Fremdherrschaft gerungen, welche durch die Verabredungen einiger europäischer Mächte thun gemacht, immer rücksichtsloser ihre rauhe Hand auf unsere deutschen Brüder gelegt hat; und jetzt, wo ihr altes Recht die Gelegenheit bietet, sie aus fremden Ketten zu erlösen, jetzt sollte deutsche Ehre, deutsches Interesse nicht mit zwingender Gewalt die deutschen Regierungen zu ihrer Hilfe herbeirufen? Ja, meine Herren, was unsere Gegner auch dagegen einwenden mögen, die deutsche Ehre ist in Olmütz verpfändet, die Gegenwart heißt sie auszulösen, nicht noch einmal darf Deutschland diesen Bruderstamm preisgeben, ohne seine Ehre für immer der Wachstung der Völker preiszugeben. Auch deutsches Interesse erfordert es, daß diese gesegneten Länder für immer mit Deutschland verbunden werden, der Hafen zu Kiel wird unserer jungen deutschen Marine trefflich zu Statten kommen, und jenes wirtschaftliche Volk in den Marschen, jene seemannisch begabten Bewohner der Herzogthümer werden mit uns verbunden deutschem Handel und deutscher Schiffahrt einen neuen Aufschwung geben. Aber nur durch die Anerkennung des Herzogs Friedrich als Landesherrn in Schleswig-Holstein, nur durch die Loslösung der Herzogthümer von dänischer Herrschaft kann von den deutschen Regierungen jenes Ziel erreicht werden, das deutsche Ehre, deutsches Interesse zu verfolgen gebieten. Daß Herzog Friedrich ein zweifelloses Recht auf die Erbfolge in jenen Ländern hat, ist durch die Wissenschaft und durch die Presse so häufig und so klar erwiesen, daß ich nicht nötig habe, vor Ihnen noch einmal an der Hand der Geschichte jene alten Sagungen durchzugehen, aus denen das legitime Recht des Herzogs Friedrich erhellt; ich spreche zu Männern, die mit der Politik unserer Tage sich beschäftigen, und nehme daher Abstand davon, Ihnen Bekanntes zu wiederholen. Wenn aber, wie es nicht unwahrscheinlich ist, die Notwendigkeit eintrete, mit Waffen Gewalt die fremden Dränger von deutschem Boden zu vertreiben, dann werden die deutschen Regierungen auch vor diesen letzten Schritte nicht zurücktreten dürfen, denn auch Ihnen sollte Recht und Ehre über Allem stehen. Diese Grundsätze sind es, die ich dieser Versammlung vorschlage, in der verlesenen Resolution feierlich und öffentlich zu bekennen, damit unsere Gegner und unsere Freunde darüber nicht im Zweifel sein können, welche Anschaungen uns veranlaßt haben, einen Antrag unsre Zustimmung zu gewähren, der Ihnen heute später Bewußt einer reichlichen Beisteuer für die Bedürfnisse vorgelegt werde, welche die Freinachung deutschen Bodens von fremdem Joch erfordern werden. Haben Sie durch Annahme dieser Resolution Ihre Ansicht über den Stand der schleswig-holsteinischen Frage unumwunden ausgesprochen, dann haben Sie gehandelt, wie politische Männer, die sich zur That entschließen, handeln müssen, dann wird dieser Erklärung die That als eine zwingende Notwendigkeit folgen müssen. Denn für deutsches Recht und deutsche Ehre ist dem preußischen Volke niemals ein Opfer zu groß gewesen. Der zweite Satz der Ihnen vorgeschlagenen Resolution fordert Sie auf, auch diese Thatkraft öffentlich zu bekennen. In dieser Sache fallen Recht und Ehre glücklicherweise zusammen und bilden vereint den mächtigsten Impuls zum Handeln. Schon einmal in den denkwürdigen Jahren 1813 und 1814 legte das preußische Volk Gut und Blut auf den Altar des Vaterlandes nieder, und in den Annalen der Geschichte ist die deutsche Erhebung als die größte That dieses Jahrhunderts verzeichnet. Lassen Sie uns unseren Vätern nicht nachstehen, hören Sie nicht auf die Stimme der Lauen und Blauen im Lande, die Ihnen zurufen möchten, daß jene napoleonische Unterdrückung des gesamten Vaterlandes ein mächtiger, wirkamerer Hebel gewesen, deutsches Recht und deutsche Ehre wieder herzustellen, als diese dänische Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Damals galt es wie jetzt, deutsche Erde

von ihren Feinden zu säubern, und wir werden, wenn noch bedeutende Opfer erfordert werden, unsere treuen deutschen Brüder, die Schleswig-Holsteiner, in ihrer Not nicht verlassen. (Lebhafte Bravo.) Wenn diese Opfer von der deutschen Nation gebracht werden, wenn dänischer Übermuth mit deutschen Waffen gejährt wird, so wird — es ist wahr — diese Provinz, deren Handel und Ackerbau in einem erfreulichen Aufschwung begriffen sind, vorzugsweise die Folgen fühlen, aber die Bewohner dieser Provinz — und das gibt der dritte Satz der Resolution vor dem deutschen Volke kund — werden nicht wanken, ihre deutsche Pflicht zu erfüllen; sie sind nicht gewillt, durch bloße Redensarten ihre Sympathien für die unterdrückten Herzogthümer auszusprechen, sondern sie sind bereit, trotz aller Nachtheile, die vorzugsweise ihnen ein Krieg mit Dänemark zuführt, mit ihrem Gute die Befreiung eines deutschen Stammes zu unterstützen. Das werden unsere ostpreußischen und westpreußischen Landsleute durch eine reichliche Beteiligung bei der Selbstbesteuerung, die ein zweiter Antrag von unserer Provinz fordert, betätigten. Sie aber, m. H. die ich zu meiner Freude heute hier so zahlreich aus allen Theilen der Provinz versammelt sehe, Sie werden unserem Vaterlande als ein leuchtendes Beispiel vorangehen, denn das ist die Pflicht deutscher und freier Männer, und nur zu solchen habe ich gesprochen. (Lebhafte Bravo.)

Herr Rittergutsbesitzer Contag aus Garz ergreift alsdann das Wort, um die Resolution ebenfalls zu befürworten. Redner entwickelt ausführlich die einschlagenden politischen Verhältnisse, er tabelt die preußische Politik, die noch immer am Londoner Protocoll festhalte und geht namentlich auf das Verhalten Englands ein, dessen Drohnoten ohne Bedeutung wären, wenn Deutschland sich nur erst zur That ermannete. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung spricht Redner schließlich seine wärmsten Wünsche für die bevorstehenden Kämpfe der Herzogthümer aus, bei deren erster Erhebung er ebenfalls in den Reihen der Kämpfer gewesen.

Herr Dr. Büttner (Elbing) verweist besonders auf die Zukunft. Wenn es möglich sei, die schleswig-holsteinische Frage nicht als eine deutsche, sondern als eine europäische zu betrachten und wenn durch die Schuld des Volkes die Lösung gegen Deutschland aussallen sollte, so könnte dasselbe erwarten, daß bei spätere Combinationen es auch einmal im Interesse des europäischen Gleichgewichts liegen würde, daß ein Stück Rheinprovinz für Frankreich oder Ostpreußen für Russland gefordert werde. Wenn die Männer unserer Provinz jetzt aus Trägheit, Feigheit oder Geiz den Brüdern an der Eider nicht beistehten, mit welcher Stirn könnten wir uns jemals in drohender Gefahr an ihre Hilfe wenden? (Bravo.)

Herr Sanitätsrat Heidenhain (Marienwerder) ebenfalls für die Resolution. In sehr warmen und beredten, oft von dem Beifall der Versammlung unterbrochenen Worten weist der Redner auf die Pflicht hin, welche das deutsche Volk habe. Er unterzieht namentlich die Anschaungen, die er während seiner Anwesenheit in Danzig, hier und da gehabt, einer sehr scharfen Kritik und fordert die Versammelten auf, als Apostel für die Sache in ihren Kreisen mit ganzem Nachdruck zu wirken. Wir werden den Wortlaut später bringen.

Die Resolution wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Als dann bringt H. Rickert folgenden Antrag ein:

II.) Die Versammlung erwählt ein Provinzial-Comitis bestehend aus 5 in Danzig wohnenden Mitgliedern, welches für eine schleunige Beteiligung der Provinz Preußen an der Anleihe des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein oder an den nach Frankfurt an den Ausschuss des Abgeordnetentages abzuführenden freiwilligen Beiträgen zu wirken hat. Sie erwartet, daß hierdurch die Summe von vorläufig mindestens 100,000 Thlr. von den Bewohnern der Provinz beigesteuert werden wird und beauftragt das Comité sich durch Mitglieder aus den einzelnen Kreisen der Provinz zu verstärken, so wie diejenigen Schritte zu thun, welche eine möglichst allgemeine Beteiligung an diesem patriotischen Unternehmen herbeiführen.

H. Rickert glaubt zur Motivierung des Antrages nach der vorangegangenen Discussion, bei welcher keine einzige dissentirende Stimme laut geworden, nicht viel hinzuzügen zu dürfen. Der Antrag wolle die Befestigung der in der Resolution ausgesprochenen Gestaltung. Er gebe ein bestimmtes Biel für die nächste vorläufige Thätigkeit in unserer Provinz. Es sei durchaus nothwendig, in diese Thätigkeit eine feste Organisation zu bringen. Wenn man planlos dabei zu Werke gehe, so müßten auch diese Sammlungen wie früher, ein klägliches Resultat liefern. Es sei das unwürdig eines großen Volkes, welches etwas auf sich gebe. Man wolle immer erst Erfolge sehen, ehe man sich auch nur zu den kleinsten Opfern entschließe. Es sei aber soanenklar, daß man die Erfolge nicht eher erreichen könne, als bis man die nötigen Mittel habe, sie zu erreichen. Man möge denken über die voraussichtlichen Erfolge, wie man wolle; die Vertreter des deutschen Volkes hätten sich an dasselbe gewandt und es zu freiwilliger Thätigkeit aufgerufen. Diesem Rufe müsse man folgen; es sei schlechterdings nicht zu rechtfertigen, sich aus diesen oder jenen Gründen von einer solchen Thätigkeit auszuschließen. Nehmen Alle es mit der Sache erst wirklich ernst, so würden auch die Erfolge nicht ausbleiben. Redner führt alsdann einen Plan aus, den er entworfen hat für die Beteiligung unserer Provinz an der Anleihe und an den freiwilligen Beiträgen. Die 100,000 Thlr., die dieselbe vorläufig aufdringen solle und einer Summe von 2 Mill. für das sange deutsche Volk entspreche, sei allerdings sehr klein, aber es handle sich auch zunächst nur um ein planmäßiges Vorgehen und einen ersten Anfang. Redner zeigt, daß die Summe verhältnißmäßig (Regierungs-Bezirk Königsberg 35,000 Thlr., Gumbinnen 25,000 Thlr., Danzig 18,000 Thlr., Marienwerder 22,000 Thlr.) keineswegs so groß sei. Wenn man annahme, daß von den 18,000 Thlr. für den Regierungs-Bezirk Danzig der Kreis Danzig allein 10,000 Thlr. aufbringen würde, so bedürfe es dazu in der Stadt Danzig nur einer freiwilligen Beisteuer von 15 Thlr. von jedem Gemeindewähler der I. Abtheilung, von 3 Thlr. der II. Abtheilung, von 15 Sgr. der III. Abtheilung. Die Ausfälle würden leicht durch höhere Beiträge Einzelner gedeckt werden. (Nähere Zahlenangaben aus der Übersicht mitzuheilen, behalten wir uns vor.)

Herr v. Hennig-Dembowlonka: „Sie haben durch Annahme der Resolution eiamüthig befunden, daß es unsere Ehre erfordert, für die Rechte unserer Brüder in Schleswig-Holstein einzutreten. Aber diese Liebe für unser deutsches Vaterland darf sich nicht bloß in Worten zu erkennen geben, wir müssen sie durch Darbringung von Opfern bekräften. Zuächst handelt es sich um Geld-Opfer. Der vorliegende Antrag giebt der Art der Selbstbesteuerung, der wir uns freiwillig unterzischen müssen, eine bestimmte Gestalt. Er schlägt Ihnen einen Modus vor, nach dem die Selbstbesteuerung einzutreten habe und fordert außerdem, daß unsere Provinz vorläufig mindestens 100,000 Thlr. aufbringe. Er hat somit ein bestimmtes Biel gesteckt. Bisher fanden die Sammlungen

Eisenbahn-Aktien.

	Dividende pro 1862.	31	31	31
Kolon.-Düsseldorf	—	92	bz	
Aachen-Maastricht	—	4	28½	bz
Amsterdam-Rotterd.	—	4	101	bz u G
Vergsd.-Märk. A.	62	4	102½	bz
Berlin-Anhalt	8½	4	147	bz
Berlin-Hamburg	6½	4	118½	B
Berlin-Potsd.-Ngb.	14	4	175	bz
Berlin-Stettin	7½	4	126	B
Böh. Westbahn	—	5	63½	bz u G
Bresl.-Schw.-Kreis.	8	4	124	bz
Brüg.-Neisse	4½	4	80	bz
Cöln-Minden	12½	3½	66	bz
Cöln-Oderb. (Wihb.)	½	4	50½	bz
do. Stamm-Pr.	4½	—	—	
do. do.	5	5	—	
Ludwigsh.-Bexbach	9	4	136	B
Magdeb.-Halberstadt	25½	4	276	G
Magdeburg-Leipzig	17	4	—	
Magdeb.-Wittenb.	1½	4	65½	bz
Mainz-Ludwigshafen	7½	4	119½	bz
Meclemburger	2½	4	55½	—60 bz
Münster-Hammer	—	4	95½	B
Niedersch.-Wärk.	—	4	94½	G
Niedersch.-Weinbahn	2½	4	60	B

	Dividende pro 1862.	31	31	31
Nordb., Kiebitz-Wilb.	—	4	55½	—55 bz
Oberhol. Litt. A. n. C.	10½	3½	144	bz
Litt. B.	10½	3½	132½	bz
Destier, Fr.-Staatsb.	5	5	102	bz
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	53½	bz
Rheinische	6	4	94	bz
do. St.-Prior.	—	4	103½	G
Rhein-Naherbahn	—	4	23½	—24½ bz
Uhr.-Cref.-R.-Gladb.	4½	3½	94½	G
Russ. Eisenbahnen	5	5	106	bz
Stargarder-Beien	6	3½	97½	bz
Destier. Südbahn	8½	5	136	—½ bz
Thür.	7½	4	119½	bz

Bank- und Industrie-Papiere.

	Zuende pro 1862.	31	31	31
Prenz. Bank-Anteile	6½	4½	120	bz
Verl. Kassen-Verein	5½	4	113½	G
Pom. N. Privatbank	5½	4	90	B
Danzig	6	4	96½	G
Königsberg	5½	4	99½	G
Posen	5½	4	91½	G
Magdeburg	4½	4	89½	B
Disc.-Comm.-Anteile	7½	4	94½	bz u G
Leitner Handels-Ges.	9	4	102	B
Leitner	8½	4	73½	—74½ bz u B

Auf die Annonce in dieser Zeitung No. 2222 (Abend-Ausgabe), des Herrn H. Müller, erläutern wir, daß die beiden Nollkutscher Carl Woywodt und Chr. Böhnke sich bei uns in Diensten keinerlei Unterschleif haben zu Schulden kommen lassen, wir übrigens in allen Fällen für die, unsern Leuten anvertrauten Güter und Gelder Gewähr leisten. Die für die beiden Genannten höchst gravirenden Anschuldigungen sind den Gerichten zur Erledigung übergeben und soll über das Resultat Mittheilung gemacht werden. [8424]

Fr. Gertz & Co.

Northern Assurance Company.

Nordische Feuer- u. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Aberdeen u. London, concessionirt in Preußen, mit Domicil in Berlin, mit einem Grund-Capital von Thlr. 13,333,333, einem Reserve-Fonds von Thlr. 3,742,425 und unbegrenzter solidarischer Haftbarkeit ihrer Actionaire, schließt zu festen billigen Prämien:

Feuer-Versicherungen

auf bewegliches Eigentum, auf Gebäude, mit besonderer Begünstigung der Hypotheken-Gläubiger;

Landwirtschaftliche u. Fabrik-Versicherungen

nach einem bewährten rationellen System;

Lebens-Versicherungen

mit und ohne Gewinn-Anteil. Die langbewährten Ergebnisse der Gewinn-Anteils-Kasse sind unübertrffen.

Aussteuer-Versicherungen und Leibrenten.

Prospekte und Antrags-Formulare für Versicherungen werden jederzeit unentgeltlich verabreicht und die Feuer-Versicherungs-Policen sofort ausgefertigt von dem hierzu bevollmächtigten Haupt-Agenten

[8560]

Aug. Lemke,

Langenmarkt No. 10.

Das Comptoir der General-Agentur der Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin, ist von der Heiliggeistgasse No. 93 nach der Hundegasse No. 89 verlegt, was ergebnist anzugeben mir erlaube.

Hugo Kortenbeitel,

General-Agent der

Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft.

Das PELZ-LAGER

en gros & en détail

von

Philippe Löwy,

Langgasse No. 74, Saal-Etage,

empfiehlt Reise- und Promenaden-Pelze für Herren und Damen, Muffen, Pelerinen, Schlittendecken, Pelztiefel, Bibermützen etc. in grösster Auswahl. Preise fest.

	Preußische Fonds.	Kun.-u. R. Rentbr.	Am.-u. R. Rentbr.	97	bz
Freiwillige Auf.	44	99½	bz	97	bz
Staatsant.	1859	5	104½	bz	
Staatsant.	50/52	4	94	bz	
	54	55	57	44	100
do.	1856	4½	100	bz	
do.	1853	4	94	G	
Staats-Schulds.	3½	87½	bz		
	3½	119½	bz		
do.	1852	3½	87½	bz	
Berl. Stadt-Obl.	4½	100	G		
do. do.	3½	86½	G		
Börsen-Ant.	5	102½	G		
	3½	87½	bz		
do.	do.	3	91	G	
Russ.-engl. Ant.	5	89½	B		
do.	do.	3	55	et	bz
do. neue	4	98½	bz		
do. do.	4	93½	bz		
Doßreut. Pfdsbr.	3½	84	G		
	4	93	bz		
Börsen-Ant.	3½	87	G		
do.	do.	4	98½	bz	
Posensche	6	103	B		
do.	do.	3½	96	B	
Part.-Obl.	5	80	bz		
do. do.	4	93½	bz		
Part.-Obl.	5	86½	bz		
do. do.	4	93½	bz		
Part.-Obl.	5	86½	bz		
do. do.	4	93½	bz		
Part.-Obl.	5	86½	bz		
do. do.	4	93½	bz		
Part.-Obl.	5	86½	bz		
do. do.	4	93½	bz		
do. do.	4	91½	B		

	Ausländische Fonds.				
Pomm. Rentbr.	4	94	bz		
Bosensche	4	97	G		
Brennische Rentbr.	4	97	G		
Schlesische	4	97½	bz		
Defferr. Metall.	5	60½	bz u G		
do. Nat.-Ant.	5	65½	—66½	bz	
Hamburg Rent.	5½	151½	bz		
do. do.	5	150	bz		
London 3 Mon.	6	18½	bz		
Paris 2 Mon.	5	78	bz		
Wien Dest. 23. 8. 3	5	82	bz		
do. do. 2 Mon.	5	81	bz		
Augsburg 2 Mon.	5	58	18½	bz	
Leipzig 8 Tage	5	99	bz		
do. 2 Mon.	5	99½	bz		
Frankfurt a. M. 2. 12.	5	56	20	bz	
Petersburg 3. Mo.	6	105	bz		
do. 3 Mo.	6	93	bz		
Barcelona 8 Tage	5½	85	bz		
Bremen 8 Tage	5	109	bz		

	Wechsel-Cours vom 5. Jan.			
Amsterdam Euro.	4	117	bz	
do. 2 Mon.				